

etwa der/die LeserIn bis zum Beitrag von *Sabine Kurtenbach* auf eine Abgrenzung der zentralen Kategorien Krieg, Gewalt und Konflikt warten. Ebenso werden sämtliche Akteure, seien es illegale Autohändler oder Drogenbosse, als sicherheitspolitische Spieler kategorisiert (10), und erst im Beitrag von *Brombacher* (119) wird klar gestellt, dass „die Verbindung zwischen illegalem Güterhandel und Unsicherheit [...] jedoch nur eine vermeintlich eindeutige“ ist. Insgesamt ist der Sammelband höchst lesenswert und geht weit über die Ambitionen eines bloßen Tagungsbandes hinaus, da er Ansätze der Internationalen Beziehungen sowie der Friedens- und Konfliktforschung mit eher in den Area Studies angewandten Betrachtungsweisen zusammenbringt und die Brennpunkte Lateinamerikas (Migration, Drogenhandel, Schutzindustrie) beleuchtet.

Patricia Graf

Frech, Siegfried, und Boris Kühn (Hrsg.). *Das politische Italien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur*. Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag 2012. 350 Seiten. 19,80 €.

Siegfried Frech und *Boris Kühn* haben einen Band herausgegeben, der zwar unvermeidlicherweise bei der politischen Entwicklung den dramatischen Ereignissen in Italien hinterherhinkt, aber dafür originellere Themen enthält als die Mehrzahl vergleichbarer Titel, nämlich auch Kapitel zu Fragen wie Immigration, Regionalismus und Frauen; leider fehlt ein Kapitel zur katholischen Kirche. Die Herausgeber liefern außer der knappen Einleitung keinen eigenen Beitrag, haben aber offensichtlich gute Kontakte zum Land ihrer

Wahl, denn nahezu die Hälfte der Autoren sind Italiener. Fußnoten und Literaturverzeichnisse deuten darauf hin, dass man einen mit akademischen Usancen vertrauten Leserkreis erwartet. Das Buch beginnt nicht mit einem historischen Rückblick, sondern mit einem Kapitel zur Wirtschaft, das mit „Strukturwandel“ überschrieben ist und die Dynamik unterstreicht, die *Horst-Günter Wagner*, einem Wirtschaftsgeographen, besonders am Herzen liegt. Seine Fachrichtung führt dazu, dass man auch über Dinge wie die Landschaftsabhängigkeit des Wirtschaftens, die ökologischen Risiken und die Einbettung des Landes in den Mittelmeerraum liest. Zuversichtlicher als andere in diesem Band ist *Wagner*, was den Süden angeht: Infrastrukturell sei er inzwischen auf Augenhöhe und weise auch Inseln gewerblicher Verdichtung auf, doch bleibe er in seiner Wirtschaftsleistung noch immer deutlich hinter dem Norden zurück.

Originell ist auch, dass die lange Vergangenheit auf zwei Kapitel beschränkt ist, Risorgimento und Faschismus, beide von kundigen Verfassern in griffigen Formulierungen und mit stets vergleichendem Blick auf Deutschland präsentiert. Das Problem des jungen Nationalstaats bei seiner Gründung sei sein wesentlich unfertiger Charakter gewesen, während Mussolini Opfer seiner Aggressivität geworden sei. Plastisch führt *Malte König* die Besonderheiten faschistischer Zusammenarbeit vor, die mit Partnerschaft nichts anzufangen wusste, und geht am Schluss ausführlich auf den folgenreichen „Prozess kollektiver Selbstabsolution“ (89) des Landes ein.

Ganz ungewöhnlich ist, was *Alessandra Dino* zum Thema Mafia schreibt. Sie hält sich nicht lange mit Revolverhel

den und Schutzgelderpressung auf, sondern betont die außerordentliche Anpassungsfähigkeit und damit die „Modernisierung der Kriminalität“ (108). Im Zentrum steht darum die globale Dimension der Mafia, die dadurch zunehmend enge Beziehungen zur Zivilgesellschaft entwickle und in einem unaufmerksamen Staat zur Gefahr für die Demokratie werde.

Dass das klassische Auswanderungsland längst zum Einwanderungsland geworden ist, erfährt man in den Abendnachrichten, wenn wieder einmal Bootsflüchtlinge in Lampedusa landen. Aber die Wirklichkeit sehe anders aus, belehrt uns *Corrado Bonifazi*, denn seit zehn Jahren wandern vor allem Europäer ein: Rumänen, Albaner, Ukrainer und Moldawier. Weder für sie, noch gar für die Afrikaner betreibe der Staat eine Integrationspolitik, es sei im Gegenteil inzwischen der „Wegfall des Rassismus-Tabus“ (144) zu beklagen, und so könne Italien von Glück sprechen, dass es angesichts dieser Defizite noch keine Aufstände wie in den französischen Banlieues gebe.

Die folgenden beiden Beiträge widmen sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten der politischen Kultur. Natürlich kreisen sie alle um die Zäsur von 1992, dem Ende der inzwischen so genannten Ersten Republik, und erwecken damit den Eindruck, als sei seither alles anders geworden. Gerade das ist aber aus zwei Gründen grundfalsch. Die Parteien heißen inzwischen bloß anders, ansonsten hat sich nichts geändert. Da es in Italien kein Parteiengesetz gibt, müssen sie nur die dürftigen Vorschriften des Vereinsrechts befolgen, alles andere liegt in der Hand des Vorsitzenden, der sich dementsprechend nicht minder selbstbewusster Anführer innerparteilicher Opposi-

onsbewegungen zu erwehren hat, die je nach Opportunität mit ihren Anhängern austreten. Damit ist der zweite Grund angesprochen. Italiens politische Elite ist, von Ausnahmen abgesehen, heruntergekommen, nur klientelistisch interessiert und korrupt. Das Land leistet sich relativ die meisten Parlamentarier der Welt und absolut die teuersten. Selbst der als Ikone der Reformbewegung auftretende Präsident der Region Apulien, *Nichi Vendola*, Autor des auch hierzulande hochgelobten Büchleins „Es gibt ein besseres Italien“, verdient netto mehr als die deutsche Kanzlerin. Von alledem ist hier nichts zu lesen, stattdessen Einzelheiten zum mehrfach veränderten Wahlrecht, und selbst dabei wird nicht erklärt, wie der im Süden verbreitete Stimmenkauf funktioniert. Berlusconi war darum kein Betriebsunfall, sondern nur gerissener und darum erfolgreicher als seine Mitbewerber. Er wurde ja auch nicht vom Parlament, sondern vom kombinierten Druck aus Brüssel und Wallstreet geschasst. *Paolo Bellucci* hält sich in seiner nüchternen Analyse dann doch zu stark zurück; kein Wort, dass Berlusconi das Land wirtschaftlich an den Rand des Abgrunds geführt hat, so dass selbst der Unternehmerverband in den letzten Jahren scharf den mit Abstand reichsten Unternehmer Italiens kritisiert hat. *Alexander Grasse* stellt die föderativen Tendenzen vor, mit deren Hilfe das Land von seinem hinderlichen Zentralismus befreit werden soll. Hier hat sich seit den 1990er Jahren viel getan, am meisten freilich auf dem Papier. Gründe fürs Zögern werden auch in dem kundigen Beitrag *Günther Palla-vers* über Südtirol und Padanien deutlich, dem man hinzufügen möchte, dass Bozen nicht nur volkstumspolitisch,

sondern auch steuerlich autonom ist (die reichste Provinz führt praktisch keine Mehrwertsteuer an Rom ab). Die Lega Nord hätte das am liebsten für ganz Oberitalien ebenso und kreiert dafür eine regionalistische „Kopfgebur“ (261).

Ungewöhnlich, das wurde bereits gesagt, ist das Kapitel über die italienischen Frauen, abgehandelt vor allem am Frauenbild der Medien, aber nach der Lektüre fragt man sich, was daran spezifisch italienisch ist. Berlusconis quasi regimeoffizieller Sexismus sicherlich, aber damit dürfte es wohl vorbei sein. Vielleicht müsste man sich Katholizismus, Familismus und das Fehlen einer grün-alternativen Bewegung näher ansehen, doch darüber schweigt sich *Saveria Capecchi* aus.

Dörte Dinger schließt sich bei ihrer Analyse der deutsch-italienischen Beziehungen Rusconis These von der schleichen den Entfremdung seit 1989 an, ist aber zuversichtlich, dass die nächste, Europa wirklich lebende, Generation die Dinge wieder ins Lot bringt, weil die Autorin Bilder mit sehr realen, die Politik bestimmenden Sachverhalten gleichsetzt. Zu guter Letzt stellt *Sonja Haug* die Italiener in Deutschland vor, konzentriert sich dabei aber ganz auf die Gastarbeiter und streift so leider die neueren Entwicklungen mit keinem Wort.

Insgesamt ein an Aspekten reicher Sammelband, der leider genau bei den Themen, die derzeit auf das größte Interesse stoßen, den Erwartungen nicht ganz gerecht wird.

Christof Dipper

Köppl, Stefan: *Politik in Italien: Vom Kartell zum Wettbewerb? Parteien – Parlament – Regierung*. Baden-Baden. Nomos 2011. 384 Seiten. 49,90 €.

Das politische System Italiens stürzte Anfang der 1990er Jahre in eine schwere Krise, die es in seinen Grundfesten erschütterte. Ausgelöst wurde sie durch die Ermittlungen der Mailänder Staatsanwaltschaft wegen Korruption und illegaler Parteienfinanzierung (Tangentopoli), ihre eigentliche Ursache aber bildete die Unfähigkeit der regierenden Parteien, insbesondere der DC und des PSI, die anstehenden Probleme der italienischen Gesellschaft zu lösen. In Wissenschaft und Publizistik wurden dafür vor allem die innere Struktur der Parteien, die Beziehungen zwischen Parlamentariern und Wählern, die Fragmentierung des Parteien- systems und die Dauerherrschaft des bürgerlichen Machtkartells aus Christdemokraten (DC), Liberalen/Demokraten und Sozialdemokraten (PSI) verantwortlich gemacht. Die Parteien würden von den Parteizentralen beherrscht, welche die Kandidatenaufstellung und damit die Zusammensetzung des politischen Personals bestimmten, die Distanz zwischen Wählern und Gewählten sei groß, der Einfluss des Wählervotums auf die Mehrheits- und Regierungsbildung gering, die Bildung regierungsfähiger Mehrheiten als Grundlage stabiler Regierungen infolge der starken Fragmentierung des Parteiensystems unmöglich, ein institutioneller Machtwechsel infolge des Machtmonopoles der DC beziehungsweise der Isolierung des PCI blockiert. Wahlen führten nicht zu einer Erneuerung der politischen Eliten oder Ablösung der Regierung durch die Opposition, sondern lediglich zur Rotation